

## Bildung, Innovation und Strukturwandel für eine Spitzenstellung Österreichs

**Christian Keuschnigg**

*Institut für Höhere Studien und Universität St. Gallen*

**Brigitte Ecker**

*Institut für Höhere Studien, Abteilung Ökonomie & Finanzwirtschaft*

**Richard Sellner**

*Institut für Höhere Studien, Abteilung Ökonomie & Finanzwirtschaft*

Das Institut für Höhere Studien verfasste im Auftrag des Rates für Forschung und Technologieentwicklung und des Austrian Institute of Technology eine Studie unter dem Titel „*Vision Österreich 2050: Vorsprung durch Bildung, Innovation und Wandel*“, welche nun auch vom Holzhausen Verlag als Buch veröffentlicht wurde. Ausgehend von einem systemischen Ansatz geht die Studie auf vier zentrale Bereiche ein: (1) Bildung, (2) Forschung und Technologietransfer, (3) Innovation im Unternehmenssektor und Standort und (4) Faktormärkte und Reallokation.

Der vorliegende Policy Brief hat nun das Ziel, die wichtigsten Ergebnisse aus den vier genannten Zentralbereichen der Studie zusammenzufassen sowie daraus abzuleitende Handlungsempfehlungen kurz zu skizzieren.<sup>1</sup>

### **Ansprüche an eine Vision**

Eine Vision, welche den Weg Österreichs zu einer Spitzenstellung unter den führenden Industrienationen und Wohlfahrtsgesellschaften Europas begleitet, wird in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem dadurch getragen, dass das Land die wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche seiner Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Lebenspläne unterstützt. Als Maßstab der Erwartungen gelten dabei immer die Erfahrungen aus der Vergangenheit sowie der gelebte Lebensstandard relativ gesehen zum Wohlstand in anderen Ländern. Dabei mag die Hoffnung sein, es stets besser zu haben und in der Gesellschaft aufzusteigen, anstatt zurückzubleiben. Es ist daher gerade dieses Streben nach Wachstum im weiteren Sinne, welches der Staat mit geeigneten Rahmenbedingungen und öffentlichen Leistungen in Zukunft verstärkt unterstützen muss. Es geht dabei nicht nur um die Absicherung und Erhöhung des materiellen Wohlstands sondern auch um die Erfüllung von Bedürfnissen, wie z.B. um die Wahrung einer hohen Lebensqualität, was impliziert, dass Faktoren wie Kultur, saubere Umwelt oder soziale Sicherheit in einer nachhaltigen Strategie ebenso zu berücksichtigen bzw. zu fördern sind.

Österreich befindet sich heute im globalen Wettbewerb. Mit Investitionen und Anstrengungen hat Österreich es geschafft, zu einem der reichsten Länder der Welt aufzusteigen. Defizite, die Österreichs Weiterentwicklung zu einer globalen Spitzenposition behindern, gilt es zu beseitigen. Das bedeutet zugleich, dass es ein Mehr an

<sup>1</sup> Keuschnigg, C., Ecker, B., Gassler, H., Hofer, H., Koch, S., Kuschej, H., Lassnigg, L., Reiner, C., Sellner, R., Skriner, E., Vogtenhuber, S. (2014): *Vision Österreich 2050: Vorsprung durch Bildung, Innovation und Wandel*, im Auftrag des RFTE und AIT, Holzhausen: Wien.

Zukunftsinvestitionen braucht. Diese Investitionen sind vor allem in Bildung, Forschung und Innovation zu tätigen und müssen durch das Zulassen eines damit unweigerlich verbundenen Strukturwandels weiter unterstützt werden.

Bestimmt wird die nationale Handlungsdirektive natürlich auch durch exogene Entwicklungen anderer Länder, die von Österreich nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Darunter fällt zum Beispiel die Verschiebung der ökonomischen Gewichte in Richtung der Schwellenländer, der weltweite demografische Wandel der Bevölkerung, die fortschreitende Verknappung von Ressourcen, der Klimawandel, die weltweite Urbanisierung sowie die Zunahme der technologischen Komplexität durch das Anwachsen von Information und deren verbesserte Nutzung. Alles in allem kann die Antwort auf solch große Herausforderungen in einer sich stets verändernden Welt daher nur „verbesserte Anpassungsfähigkeit und ein Mehr an Innovation“ lauten.

### **Der systemische Ansatz**

Das Rückgrat einer innovativen Gesellschaft ist das Bildungsniveau. Eine technologie- und wissensbasierte Wirtschaft benötigt hochqualifiziertes Personal. Dazu muss einerseits das Bildungssystem ein hohes Qualitätsniveau aufweisen und andererseits bedarf es der nötigen Rahmenbedingungen, um Humankapital im Land zu halten und fehlendes Wissen aus dem Ausland zu ergänzen. Um Unternehmen Innovations- und Wachstumsmöglichkeiten zu bieten, werden entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte sowie Kapital für die Finanzierung der Investitionen benötigt. Innovationsprozesse lösen dabei immer auch Strukturwandel aus („kreative Zerstörung“ im Sinne von Joseph Schumpeter). Damit dieser Strukturwandel einwandfrei funktionieren kann, müssen der Arbeits- und Kapitalmarkt für eine friktionsfreie Allokation der Produktionsfaktoren sorgen. Damit ein solches Idealbild eines dynamischen Innovationssystems funktioniert, müssen allerdings sämtliche Voraussetzungen erfüllt werden. Denn es gilt: Der Weg in die Zukunft ist mehr als die Summe seiner Teile. Defizite in einem Bereich behindern die Wirksamkeit der anderen Politikbereiche.

### **Bildung**

Österreich muss das in Bildung angelegte Wachstums- und Wohlfahrtspotenzial in Zukunft ausschöpfen und damit den bildungspolitischen Reformrückstau umgehend aufarbeiten. Dabei ist Handlungsbedarf im Elementarbereich, wo die Auswertung von PISA-Ergebnissen systematische Benachteiligungen bestimmter Schülergruppen indizieren, ebenso gegeben wie das Spannungsfeld zwischen Berufsbildung und Hochschulbildung oder die bislang ungelösten Systemprobleme der Hochschulbildung.

### **Vorschulische Bildung**

Interventionen bzw. Investitionen in die vorschulische Bildung haben einen hohen gesamtgesellschaftlichen Ertrag. Sie schaffen die Voraussetzung für eine möglichst hohe Partizipation aller Bevölkerungsgruppen am Erwerbsleben. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, neue (technologische) Entwicklungen rascher zu absorbieren sowie individuelle Arbeitsmarktchancen und die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit auf hohem Niveau zu halten. Der Grundstein für diesen Weg wird bereits sehr früh im Lebensverlauf gelegt. In Österreich wurden in der vorschulischen Betreuung und Erziehung bislang zahlreiche Maßnahmen gesetzt, die im Wesentlichen auf eine frühe sprachliche Förderung im Kindergarten sowie eine Erhöhung der Beteiligung an vorschulischer Bildung (z.B. durch Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres) abzielen. Die Evaluierung der frühen sprachlichen Förderung hat allerdings gezeigt, dass mit den derzeit implementierten Maßnahmen das Erreichen des sprachlichen Niveaus beim Schuleintritt – vor allem bei bildungsbenachteiligten Kindern – nicht gewährleistet ist. Angesichts dessen ist es auch als vorderdringlich anzusehen, gerade den Bereich der vorschulischen Bildung in Zukunft weiterzuentwickeln. Als Ansätze hierfür sind zu nennen: Den Kindergarten verstärkt als Bildungsinstitution auszubauen sowie die Qualität auf allen institutionellen Ebenen zu verbessern, wobei letzteres auch eine verbesserte Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen umfasst. Darüber hinaus gilt es, die Förderung von benachteiligten Gruppen weiter auszubauen.

### **Spannungsfeld Berufsbildung-Hochschulbildung**

Prognosen zeigen, dass es beim Übergang vom Bildungswesen in die Berufsausbildung wie auch in die Beschäftigung nach der Berufsbildung zu einer moderaten Verknappung kommen wird. Die demografische Verknappung wird sich in den nächsten Jahren insbesondere bei den Lehrlingen äußern und dann auch beim Übergang in die Hochschule auftreten. Gute Anpassungsmechanismen an den Übergängen durch entsprechende organisatorische Lösungen sind daher bereits jetzt schon notwendig. Eine große Herausforderung stellt dabei wohl auch die Wettbewerbsfähigkeit der Lehrlingsausbildung gegenüber dem Trend in die Höhere Schule dar. Es geht dabei vor allem darum, die Wettbewerbsposition der Lehre gegenüber der Schule durch eine konsequente Qualitätsentwicklung und Höherqualifizierung zu stärken. Mit etwas Verzögerung wird sich diese Verknappung schließlich auch auf den Bereich des Hochschulzuganges ausweiten, sodass bei entsprechender Arbeitskräftenachfrage die alternativen Berufe oder Studien verstärkt angesprochen werden. Berufsbegleitende Studien könnten hier für Entspannung sorgen. Ebenfalls könnte die Doppelqualifikation von Berufsbildung und Studienberechtigung zu mehr Flexibilität beitragen, ähnlich wie das Angebot der Lehre mit Matura.

### **Hochschulbildung**

Kaum ein Sektor war in den letzten Jahren einem so starken Wandel ausgesetzt wie der Hochschulsektor. Man denke beispielsweise an die Einführung der Fachhochschulen Mitte der 90er-Jahre, das Universitätsgesetz 2002 (UG 2002) oder die Reformierung der Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen. Das österreichische Hochschulsystem steht immer wieder unter Kritik, sei es in Bezug auf die im internationalen Vergleich zu geringe Hochschulabschlussquote oder der zu geringe Anteil an Frauen in Technik- und Naturwissenschaften oder sei es auf nationaler Ebene artikulierte Herausforderungen wie die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, die Aufwertung der Lehre, die Steigerung der Universitätsfinanzierung, die Erhöhung der kompetitiven Mittel für Forschung, die Schaffung von durchgängigen attraktiven Karrierewegen etc. Teils sind diese Mängel strukturbedingt, teils sind sie historisch gewachsen. In nächster Zukunft gilt es, diesen Herausforderungen zu begegnen, um Österreich als attraktiven Wissens- und Forschungsstandort zu positionieren.

Auf diesem Weg dorthin wird es auch einer besseren Ausdifferenzierung des Hochschulwesens in Österreich bedürfen, nicht zuletzt um die Grundlagenforschung zu stärken. International kristallisieren sich diesbezüglich zwei Entwicklungen heraus: zum einen eine Differenzierung in Elite-, Massen- und universelle Institutionen und damit einhergehend eine Re-Gruppierung der Aufgaben der Elite-Institutionen, die teilweise zu ‚Globalen Forschungsuniversitäten‘ herangewachsen sind. In diesen Institutionen hat insbesondere die akademische Spitzenforschung eine zentrale Bedeutung eingenommen. Angesichts dessen stellt sich für Österreich nun durchaus auch die Frage, wie global wettbewerbsfähige Institutionen im Bereich der akademischen Forschung geschaffen bzw. weiter unterstützt werden können bzw. ob es notwendig ist, zu diesem Zweck den Hochschulsektor noch weiter ausdifferenzieren. Zum anderen gibt es eine Entwicklung zur verstärkten Wahrnehmung der ‚Third Mission‘, welche nicht nur den Ausbau von im angewandten Forschungsbereich tätigen Institutionen (wie z.B. Fachhochschulen oder Transferinstitutionen) betrifft sondern auch die Eliteinstitutionen im differenzierten System adressiert; d.h. in Zukunft wird es verstärkt darum gehen müssen, einen direkten Konnex zwischen Leistungen in der Grundlagenforschung und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren herzustellen. Damit verbunden sind auch Veränderungen in den Vorstellungen von Wissenstransfer, womit auch die Konzepte von ‚Open Innovation‘ umzusetzen sind.

### **Erwachsenenbildung**

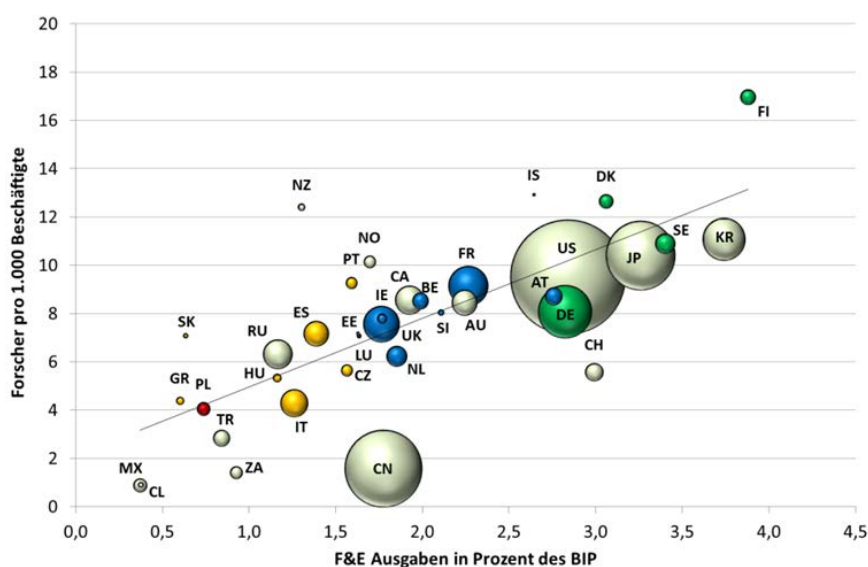
Prognosen zeigen, dass sich innerhalb der Beschäftigung eine Verschiebung zu den älteren Jahrgängen weiter fortsetzen wird. Quantitativ gesehen werden die älteren Jahrgänge eine Reserve darstellen, die genutzt werden muss, auch hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Funktionierens des Pensionssystems. Diese Verschiebung der Altersstrukturen bringt notwendige Lernerfordernisse mit sich. In diesem Zusammenhang ist daher auch die Weiterentwicklung von Arbeitsumgebungen relevant, welche speziell die erforderlichen Lernprozesse ermöglichen und fördern. In den nächsten Jahren werden sich zudem jene Jahrgänge in Richtung Pensionierung bewegen, unter welchen die PISA-Tests einen hohen Anteil an Risikogruppen mit mangelnden Grund-

kompetenzen ergeben haben. Die Herausforderung für die Erwachsenenbildung liegt daher in nächster Zukunft in der Kompensation dieser Mängel. Darüber hinaus sind auch Beschäftigungsreserven, wie z.B. bei Frauen oder auch bei Immigrantinnen und Immigranten, in Zukunft besser zu nutzen.

### Forschung und Technologietransfer

Österreich hat in den vergangenen Jahren in Forschung und Wissenschaft gegenüber den Spitzenländern aufgeholt, wobei sowohl die Grundlagenforschung als auch die angewandte Forschung in den Unternehmen stark gewachsen sind. Ebenso lässt sich eine Intensivierung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft über unterschiedliche Kanäle des Technologietransfers beobachten. Nicht zuletzt ist dies auch als ein Erfolg der österreichischen Technologie- und Innovationspolitik zu werten, die gerade in den letzten Jahren den Wissens- und Technologietransfer explizit adressiert hat. Allerdings zeigt sich jüngst, nicht zuletzt als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, ein Abflachen der Dynamik; d.h. die Investitionen in Forschung und Entwicklung wachsen nunmehr lediglich parallel zum (derzeit geringen) Wirtschaftswachstum, eine Intensivierung relativ zum BIP findet zurzeit kaum statt. Für die Zukunft ist daher eine Wiederankurbelung der Wachstumsdynamik im Bereich Forschung und Entwicklung ein vordringliches Ziel, welches vor allem von der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik wahrzunehmen ist.

Abbildung: F&E, Forschung und Innovation im Überblick, 2010 (bzw. letzt verfügbare Werte)



Anmerkung: Die Größe der Kugeln zeigt die in Dollar gemessenen absoluten Volumen der F&E- Ausgaben an. Die Farbkodierung gibt die Position innerhalb des Innovation Union Scoreboard (2013) an: Grün – Innovation Leader, Blau – Innovation Follower, Gelb – Moderate Innovators, Rot – Modest Innovators. Werte für 2007: US, MX, GR; 2008: AUT, CH, ZAF, IS, CL; 2009: FR, NZ.

Quelle: OECD (2012b) - Science, Technology and Industry Outlook, Eurostat IUS 2013, OECD MSTI Datenbank, adaptiert.

Gleichzeitig ist allerdings auch ein gewisser Paradigmenwechsel nötig, da Österreich nach seinem erfolgreichen Aufholprozess nunmehr über ein ‚reifes‘ Innovationssystem verfügt (siehe obrige Abbildung). Dieses ‚reife‘ Innovationssystem zeichnet sich durch eine bereits überdurchschnittliche Forschungsintensität (F&E-Quote). Die wissenschaftlichen Institutionen produzieren genuin neues Wissen, welches auch entsprechend internationale Anerkennung findet, und die Unternehmen bringen – in engem Austausch mit der Wissenschaft – laufend neue Produkte und Prozesse (Innovationen) hervor.

### Innovation im Unternehmenssektor

Österreichs Unternehmen haben die Integration der österreichischen Volkswirtschaft durch die Ostöffnung und den EU-Beitritt und die damit einhergehende Zunahme der internationalen Konkurrenz in den vergangenen Jahren gut bewältigt. Für die Zukunft gilt es aber, einige Defizite im Unternehmenssektor zu beseitigen und bestehende Stärken weiter auszubauen, nicht zuletzt um sich weiterhin erfolgreich am Weltmarkt bewe-

gen zu können. Die Innovationen der Unternehmen sind dabei nicht nur ausschließlich inkrementell sondern auch radikaler Natur und genuin neu für den Weltmarkt. Angesichts dessen stellt sich auch für Österreich in Zukunft die Herausforderung, einerseits die Grundlagenforschung im Hochschulsektor verstärkt auszubauen und zu fördern und andererseits im Unternehmenssektor den Fokus zunehmend auf genuine und radikalere Innovationen zu legen. Denn desto innovativer und forschungsintensiver der österreichische Unternehmenssektor ist, umso eher sind die Unternehmen auch in der Lage, die wissenschaftlichen Ergebnisse aus dem Hochschulsektor zu nutzen bzw. zu verwerten.

### **Unternehmenswachstum und Gründungen**

Im Vergleich zu anderen Ländern weist Österreich eine eher geringe Dynamik bei innovativen Gründungen und rasch wachsenden Unternehmen auf. Rasch expandierende Unternehmen sorgen für einen Gutteil des Beschäftigungswachstums; innovative Gründungen tragen zum technischen Wandel bei und garantieren das Aufrechterhalten des Wettbewerbsniveaus. Ziel der Wirtschaftspolitik ist es daher, die Anzahl an innovativen und qualitativ hochwertigen Gründungen sowie jene der rasch wachsenden Unternehmen zu steigern. Die Förderung sollte dabei vor allem auf innovativen Gründungen konzentriert werden, da diese vorrangig unternehmerisches Experimentieren ermöglichen und zu radikaleren Innovationen führen. Zur Erhöhung der Rate von innovativen Gründungen ist bereits im Bildungssystem anzusetzen. So könnten insbesondere tertiäre Bildungsinstitutionen Kurse wie ‚*Entrepreneurship Education*‘ noch weiter intensivieren. Ebenso ist das Image des Unternehmers in der Gesellschaft verbesserungswürdig. Wesentlich dabei ist, dass das soziale Stigma des Scheiterns in Zukunft verstärkt durch eine Kultur der zweiten Chance ersetzt wird. Ferner erfordert eine höhere Anzahl von Gründungen auch Kostenreduktionen sowohl den Markteintritt als auch den Marktaustritt betreffend. Die Herausbildung eines dynamischen Markts für Risikokapital sowie alternative Wege der Eigenkapitalfinanzierung stellen dabei weitere Herausforderungen dar.

### **F&E-Standort**

Österreich hat in der Vergangenheit in hohem Maße von ausländischen Unternehmen und deren F&E-Investitionen im Inland profitiert. In Zukunft gilt es, diesen Vorteil nicht nur zu halten sondern auch weiter auszubauen. Zu diesem Zweck muss Österreich seine Standortqualität für die F&E-Einheiten von multinationalen Unternehmen erhöhen. In Österreich sind ausländische F&E-Einheiten für einen erheblichen Teil der privaten Forschungsausgaben verantwortlich und wirken über ihre internationalen Netzwerke als Drehkreuz für Wissensflüsse. Durch Wissens-*Spillovers* und Ausgründungen aus multinationalen Unternehmen profitiert der Standort auch indirekt von ihrer Präsenz. Dabei geht es nicht nur um internationales Sachkapital sondern auch um die Mobilität des Humankapitals in Form von mobilen Forscherinnen und Forschern. Hier ist der Standort Österreich allerdings offenbar nur wenig attraktiv.

Eine höhere Standortattraktivität für F&E-Investitionen braucht eine erstklassige Forschungsinfrastruktur und Universitäten, die in ausgewählten Bereichen Weltspitze sind. Gerade die Vernetzung zwischen Universitäten und multinationalen Unternehmen ist über kooperative Forschungsprojekte und intersektorale Mobilität der Forscherinnen und Forscher auch in Zukunft zu erhöhen; Forschungszentralen müssen in Zukunft daher noch besser in das österreichische Innovationssystem eingebettet werden. Die Expansion in ausländische Märkte als auch die Errichtung von Produktionsstätten im Ausland sind Voraussetzungen für die weitere Expansion großer österreichischer Unternehmen. Was die Standortattraktivität für mobiles Humankapital betrifft, so ist diese neben einer maßvollen Steuer- und Abgabenbelastung, einem Zugang zu guter Bildung und familengerechter Infrastruktur auch mit geringen administrativen Hürden und der Entwicklung eines offenen sozialen Klimas (*low barriers to entry*) in Zukunft noch zu steigern.

### **Innovation und Außenhandel**

Österreichs Unternehmen sind seit Jahrzehnten erfolgreich im Export und die zunehmende Aktivierung der Handelsbilanz zeigt, dass die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie derzeit ausreichend hoch ist. Diese muss durch eine hohe F&E-Intensität auch für die Zukunft erhalten werden. Innovation und Außenhandel hängen eng zusammen, F&E-intensivere Unternehmen weisen dabei im Durchschnitt höhere Exportquoten

auf. Für die Zukunft erscheint die starke Konzentration der österreichischen Unternehmen auf die stagnierenden europäischen Märkte allerdings problematisch. Es bedarf daher in Österreich einer stärkeren Hinwendung auf die rasch wachsenden Märkte der Schwellenländer. Neben einer weiteren Erhöhung der Exportintensität ist daher eine intensivere Erschließung dieser Wachstumsmärkte eine wichtige wirtschaftspolitische Zielsetzung für die nächsten Jahre. Grundsätzlich ist die österreichische Industriestruktur für die Bedienung dieser Märkte gut aufgestellt (hoher Anteil der Investitionsgüterindustrie). Die Politik sollte daher vor allem eine Ausweitung der Anzahl der exportierenden Unternehmen anstreben, wobei dies weniger über direkte Exporthilfen als vielmehr über generelle Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und der Innovationsleistung von Unternehmen erfolgen sollte. Denn erst wenn Unternehmen eine gewisse Schwelle für Innovation und Produktentwicklung überschreiten, sind sie in der Lage, die mit dem Export verbundenen Fixkosten zu tragen.

### **Arbeitsmarkt**

In Österreich stellt sich die Arbeitsmarktlage im europäischen Vergleich gegenwärtig als günstig dar. Besonders positiv ist die hohe Qualität der berufsspezifischen Ausbildung zu bewerten. Allerdings gibt die im internationalen Vergleich geringe Akademikerquote längerfristig Anlass zur Sorge, vor allem vor dem Hintergrund dass mit dem Aufstieg zur Spitze radikalere Innovationen mit einer höheren Abhängigkeit von forschungsnaher Ausbildung immer essentieller werden. Mit einer verstärkten Innovationsorientierung der österreichischen Wirtschaft wird somit auch eine höhere Reallokationsdynamik einhergehen. Diese wird vom Wohlfahrtsstaat wiederum verstärkte Anstrengungen zur Unterstützung der freigesetzten Arbeitskräfte erfordern und die aktive Arbeitsmarktpolitik wird dazu beitragen müssen, diese Personen rasch wieder in die Beschäftigung zu bringen. Auch die demographische Entwicklung und Alterung der Bevölkerung stellt eine Herausforderung dar. Aus demografischen Gründen wird das Arbeitskräftepotenzial in den nächsten 30 Jahren bestenfalls stagnieren und die Bevölkerungsstruktur sich hin zu den Älteren verschieben. Der zukünftig spätere Pensionsantritt und der schnellere technologische Wandel werden einen integrierten Strategieansatz, welcher Maßnahmen der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitspolitik kombiniert, erfordern. Anreize für lebenslanges Lernen und für die Einführung bzw. den Ausbau altersgerechter Arbeitsorganisationen durch die Unternehmen sind dabei als wichtige Unterstützung für das Hinausschieben des Pensionsantritts zu sehen.

### **Kapitalmarkt**

Ein hochentwickelter Kapitalmarkt mit sich gegenseitig ergänzenden Institutionen ist eine Grundvoraussetzung für Wachstum. Dabei hat die Finanzintermediation die Aufgabe, nicht nur das Finanzvermögen der Sparer zur Finanzierung von Investitionen bereitzustellen sondern auch das Kapital auf die rentabelsten Verwendungen hinzulenken und von unrentablen Investitionen fern zu halten. Kapital muss von schrumpfenden zu wachsenden Unternehmen wandern. Die Reallokation des Kapitals wird durch das Insolvenz- und Wettbewerbsrecht unterstützt, welches eine Strukturbereinigung durch das Ausscheiden ineffizienter Anbieter ermöglicht, damit neue und besonders innovative Wachstumsunternehmen auf dem Markt schneller expandieren können. In einem bankenzentrierten System ist damit eine stetige Kreditversorgung durch einen stabilen Bankensektor essentiell.

Die Finanzierung über Banken wird durch anonyme Anleihen- und Risikokapitalmärkte (Börse) ergänzt, wobei vor allem große Unternehmen Zugang haben, während kleinere Unternehmen Risikokapital von Einzelpersonen oder strategischen Investoren erhalten. Ausreichendes Eigenkapital ist eine Voraussetzung für zusätzliche Finanzierung mit Fremdkapital. Strenge Buchhaltungsstandards und Berichtspflichten begünstigen das Engagement der Investoren auf anonymen Märkten und steigern die Liquidität, weil sie die Unternehmen für die Anleger transparenter machen. Wichtig ist, dass die Besteuerung nicht die besonders risikoreichen Anlagen wie Unternehmensanteile durch Beschränkungen des Verlustausgleichs bzw. Verlustvortrags diskriminieren. Die Bestimmung, wonach eine Eigenkapitalverzinsung von der Gewinnsteuer nicht abzugsfähig ist, aber Fremdkapitalzinsen schon, behindert die Nachfrage nach Risikokapital und steht der Entwicklung eines liquiden Marktes entgegen. Auch strenge Regeln für Investorenschutz und *Corporate Governance* sind für die Kapitalreallokation von Vorteil, da sie die Stellung der Eigentümer gegenüber dem Management von großen Un-

Unternehmen stärken und damit selbstfinanzierte, wenig rentable Überinvestitionen im Karriereinteresse von Managern bremsen und Gewinnausschüttungen steigern. Damit können Finanzmittel auf dem Kapitalmarkt wieder neu in andere Unternehmen mit sehr profitablen Investitionen reinvestiert werden.

Gerade junge und innovative Unternehmen mit radikalen und riskanten Innovationen haben besonders große Schwierigkeiten beim Zugang zum Kapital. Sie sind für Banken und andere Kapitalgeber zu riskant und zu sehr vom Gründer abhängig. Die Marktlösung für dieses Problem ist Wagniskapital (*Venture Capital*), welches Finanzierung, Beratung und Kontrolle aus einer Hand anbietet. Wegen der weitreichenden Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten können Wagnisfinanziers auch dort noch Kapital bereitstellen, wo Banken sich zurückziehen. So kann eine Finanzierung überhaupt erst zustande kommen, wo sonst keine Investition möglich ist. Die Beratungs- und Kontrollfunktion von Wagniskapital fördert die Professionalisierung der Beteiligungsunternehmen und verhilft ihnen so zu mehr Wachstum. In Zukunft sind in Österreich in allen Fällen profitable Investitionsmöglichkeiten besser auszuschöpfen, sodass die Chance wahrgenommen wird, aus radikalen Innovationen mehr und größere Unternehmen zu schaffen. Der Entwicklung eines aktiven Marktes für Wagniskapital kommt daher gerade auf dem Weg zur Spitze eine wichtige Rolle zu, geht es doch darum das Innovationspotenzial Österreichs voll zu erschließen.

### **Fazit**

Betrachtet man die dargestellten Prioritäten, so stellt sich zum Abschluss die Frage nach dem gemeinsamen Nenner im Hinblick auf eine Vision, die Österreich zu einer Spitzenstellung in Europa bringen kann. Nach unserer Ansicht wird es in Zukunft vor allem darauf ankommen, dass in allen Bereichen eine möglichst breite Durchsetzung von ‚inklusive Institutionen‘ erfolgt. Diese Institutionen sollen allen Gruppen der Gesellschaft gleiche Startchancen und gute Voraussetzungen für den Wettbewerb gewähren und darüber hinaus Anreize und Möglichkeiten für politische, soziale und ökonomische Partizipation bieten. Es muss das Ziel sein, dass das institutionelle Gefüge den sozialen Aufstieg erleichtert, anstatt dass die Familien von Generation zu Generation in derselben Schicht zementiert bleiben. Der Begünstigung von Partialinteressen, welche einer innovativen und dynamischen volkswirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehen, ist eine klare Absage zu erteilen. Der Weg zur Spitze muss vielmehr bestärkt werden, von einer positiven Stimmung, für welche nicht zuletzt auch die Politik des Landes verantwortlich ist, und dem *Credo*, dass *„nur wenn alle Akteure und Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Bildungs-, Forschungs- und Unternehmenssektor die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Potenziale erhalten und das Leistungsprinzip entscheidend für Erfolg oder Misserfolg ist, kann Österreich auch in Zukunft in einer Welt des Wandels erfolgreich bestehen und den Sprung zur Spitze schaffen.“*